P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 130 7. Ausgabe 1971 EINZELPREIS S 3.-

ÖVP oder SP-FPÖ – das ist keine Wahl !

Erklärung des ZK der MLPÖ zum Neuwahl-Beschluss

KREISKY = LÜTGENDORF + SS-PETER !

An das arbeitende österreichische Volk!

Kaum mehr als ein Jahr nach den Wahlen vom März 1970 haben die SPÖ-Führer und ihre stillen Koalitionspartner von der FPÖ den Beschluß durchgesetzt, ein neues Wahltheater zu veranstalten. Deutlicher als vieles anderes zeigt das wieder einmal, wie die jeweils regierende Clique die sogenannten "demokratischen" Einrichtungen für ihre egoistischen Zwecke



ANTI-LÜTGENDORF-DEMONSTRATION IN WIEN VOM 8. JUNI 1971

ausschlachtet und mißbraucht, zeigt es, daß diese Einrichtungen vor allem den Interessen jener dienen, die an den Hebeln der Macht sitzen.

Dieselbe Kreisky-Regierung, die auf die zahllosen dringenden Forderungen der arbeitenden Massen immer nur die alte verlogene Erwiderung hat, daß "leider kein Geld da" sei, daß leider "eisern gespart" werden müsse usw., wirft jetzt unbekümmert Dutzende Millionen Schilling öffentlicher Mittel hinaus, um ein parteipolitisches Überrumpelungsmanöver zu organisieren.

Welchem Zweck dient denn diese neuerliche Wahl?

Ihr Zweck ist es, der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes rasch noch ein sogenanntes "Vertrauensvotum", also einen Freifahrschein für das Kreisky-Peter-Team abzuluchsen, bevor noch die unsozialen, volksfeindlichen Maßnahmen dieses "Teams" ihre vollen Auswirkungen zeigen und gänzlich klar wird, welchen Ausbeuterinteressen diese Regierung in Wirklichkeit dient. Ist diese Überrumpelungswahl aber einmal vorüber, dann haben Kreisky und sein bräunlicher Anhang ganze vier Jahre Zeit, um zu tun, was ihnen paßt und sich dabei auch noch auf einen angeblichen "Wählerwillen" zu berufen.

Die Kreisky und Co. werden in der Wahlkampagne natürlich mit all ihrem schauspielerischen und demagogischen Talent das Theater eines "Kampfes zur Zurückweisung der reaktionären ÖVP" vorführen, ausgiebig "moderne" Mimik üben, "soziale" Phrasen dreschen und sich mit Errungenschaften wie der Straffreiheit für Homosexualität u.ä. brüsten. Das arbeitende österreichische Volk darf sich durch solche Gaukeleien aber nicht täuschen, nicht von den

---

AN UNSERE AUSLANDS-BEZIEHER

Die in Österreich vor sich gehende systematische Geldentwertung hat in letzter Zeit immer ernstere Formen angenommen. So haben sich seit Festsetzung der bis jetzt gültigen Abonnementsgebühren der "Roten Fahne" die Preise für Papier, Offsetmaterialien, Schablonen, Klischees, Druckfarben, Instandhaltung der Maschinen usw. insgesamt verdreifacht, sodaß diese Gebühren längst nicht mehr kostendeckend sind, obwohl die Herstellung der "Roten Fahne" von der Reinschrift bis zur Anfertigung der Metallschablonen, vom Drucken und Falzen bis zum Versand zur Gänze durch unbezahlte freiwillige Mitarbeiter erfolgt. Daß wir unsere Abonnementspreise dennoch bis jetzt halten konnten, verdankten wir ausschließlich der Opfer bereitschaft jener Leser und Freunde der "Roten Fahne", die uns durch systematische, oft geradezu heroische Spenden ein chronisches Defizit zu tragen halfen.

Doch nun hat uns ein neuer schwerer Schlag getroffen, der sich besonders im Auslandsversand der "Roten Fahne" bitter auswirkt: Im Zuge der mit 1. Juli 1971 in Kraft getretenen einschneidenden Portoerhöhungen kostet allein das Auslandsporto für eine durchschnittliche Einzelnummer S 3,50 statt 2,10, wurde also über Nacht um 67 Prozent verteuert. Statt wie bisher je 3 Briefmarken zu 0,70 Schilling müssen wir jetzt fünf solche Marken auf jedes Kuvert kleben, womit allein das Drucksachenporto für den Auslandsversand von 12 Nummern der "Roten Fahne" auf 42 Schilling ansteigt. Daß unter solchen Umständen ein Jahresabonnementspreis der "Roten Fahne" für das Ausland mit S 45,- bzw. DM 7.- völlig unhaltbar geworden ist, wird jeder Leser einsehen, zumal ja auch das Kuvert etwas kostet und Überweisungsgebühren verrechnet werden.

So sehr wir es also bedauern und so sehr wir wissen, daß gerade unsere Leser nur über kleine und kleinste Brieftaschen verfügen, müssen wir doch in Hinkunft für das Auslands-Abonnement

ö.S. 70,- bzw. DM 10,-

berechnen. Daß wir auch bei diesem Betrag noch keine Kostendeckung erreichen, also weiterhin auf die Opferbereitschaft freiwilliger Spender und die revolutionäre Solidarität aller Freunde der "Roten Fahne" angewiesen sind, kann sich jeder Leser leicht selbst ausrechnen.

Für neu angemeldete bzw. noch nicht bezahlte Abonnements tritt die Erhöhung sofort in Kraft; bei laufenden Abonnements bestehen wir auf keiner Aufzahlung, ersuchen aber sehr, unsere um zwei Drittel erhöhten Portokosten womöglich durch eine freiwillige Spende (Int. Postantwortscheine odgl.) auszugleichen.

Um unseren ausländischen Verteilern entgegenzukommen, gewähren wir ab sofort Rabatte von 15 % für 5-10 Abonnements, von 20 % für 11 bis 20 Abonnements, von 25 % für 21 - 50 Abonnements und von 30 % für mehr als 50 Abonnements.

Wir hoffen sehr, daß die ausländischen Leser der "Roten Fahne" ihrer Zeitung auch unter den erschwerten Bedingungen die Treue halten werden.

DIE REDAKTION

Abonnieren Sie

▼

Rote Fahne

Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPÖ)

Erscheint monatlich

Jahresabonnement S 35,-
Auslandsabonnement S 70,-

Postscheckkonto Nr. 173.848

Zuschriften erbeten an Redaktion „Rote Fahne". Wien XV, Goldschlagstraße 64/5 — 1150
Tel. 92-33-88

wesentlichen Tatsachen ablenken lassen:

Nicht nur, daß die Kreisky-Regierung die Interessen des Großkapitals gegenwärtig viel besser und wirkungsvoller vertritt, als die total verkrachte ÖVP könnte, - abgesehen davon ist die SPÖ-Führung heute zugleich der hemmungsloseste Förderer und Unterstützer jener Partei des Kapitals, die noch weiter rechts steht als die ÖVP und diese an Scharfmacherei noch übertrifft, nämlich der FPÖ!

KEINE MINUTE LANG DARF DAS ARBEITENDE ÖSTERREICHISCHE VOLK VERGESSEN, WAS DIE FPÖ IST UND WEM SIE DIENT!

Die FPÖ ist die stinkende Nachgeburt des neofaschistischen VdU, von dem sie die offene Arbeiterfeindschaft, das penetrante Großdeutschtum, die Bereitschaft zur rücksichtslosen Durchführung aller Weisungen ihrer Geldgeber aus dem in- und ausländischen Großkapital, die kaum verhüllte faschistische Ideologie und einen Großteil der aus alten Nazifaschisten bestehenden Führergarnitur übernommen hat!

Selber zu einem wesentlichen Teil aus abgetakelten Mitgliedern der NSDAP Hitlers bestehend, hat sich die Kreisky-Regierung die Gefolgschaft der profaschistischen FPÖ Peters mit einer Abänderung des Wahlgesetzes erkauft, welche der Garde des braunen Peter sogar bei Stimmenverlusten eine Reihe zusätzlicher Abgeordnetensessel garantiert. Diesen Geschenkbon will die FPÖ jetzt in klingende Münze umsetzen und nicht nur eine Anzahl weiterer Kommandoposten, Pfründen und Ämter unter ihre braunen Dienstmänner verteilen, sondern womöglich sogar ganze Ministerien übernehmen.

Dazu - und nicht aus Gründen irgendeiner "Zurückweisung der reaktionären Kräfte" - treibt man das Volk jetzt schon wieder zu den Urnen!

Doch das ist nicht alles. Auch mit dem Hitler-Generalstäbler Lütgendorf, dem erzreaktionären Adeligen preußischer Abstammung, dem Kreisky das Heeresministerium ausgeliefert hat, existieren weitreichende alarmierende Pläne!

Während die SPÖ-Regierung das österreichische Volk seit Jahr und Tag mit einer angeblich "demokratischen Reform" des Bundesheeres zum Narren hält, hat sie das Heeresministerium zum Exerzierplatz eines Subjekts aus der Konkursmasse des Generalstabs der Nazi-Wehrmacht gemacht, das die traurige Rolle des Bundesheeres in den Jahren 1934 und 1938 lobt, die "gesunden Elemente" unseres Volkes vor allem in den faschistischen "Kameradschaftsbünden" erblickt und offen dazu aufruft, mit allen links orientierten, fortschrittlichen, seinen Plänen kritisch gegenüberstehenden Kräften abzurechnen, die er in Bausch und Bogen als "maoistisch-leninistisch" erklärt und als "vom Ausland gelenkt" verleumdet.

Und Kreisky und sein restliches "Team"? Sie haben sich sofort beeilt, diesem ihrem Bürgerkriegsminister, der für seine Absichten noch dazu eine Verdoppelung der Militärausgaben, ja jährlich 10 Milliarden S, das heißt 10.000 Millionen S verlangt,, ausdrücklich das "volle Vertrauen" auszusprechen!

Damit ist klar, daß jede Wählerstimme für Kreisky zugleich auch eine Blanko-Vollmacht für die Lütgendorfs und ihre militaristischen Ambitionen wäre!

Die arbeitenden Menschen unseres Landes haben allen Grund, die verhaßten "Schwarzen", die ÖVP der Withalm, Koren, Schleinzer, Krainer, Maurer usw.abzulehnen und zu bekämpfen. Aber man kann den Teufel nicht mit dem Beelzebuben austreiben! Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn die arbeitenden Menschen unseres Landes übersehen würden, daß die entscheidenden Vorstöße der Reaktion heute

unter der Patronanz der Kreisky-Regierung

erfolgen, die unmittelbaren Gefahren der Verwandlung Österreichs in eine westdeutsche Halbkolonie, der reaktionären Bürger-

SPENDET FÜR DEN RF-NOTFONDS!

kriegsvorbereitungen, des Militarismus und der zunehmenden Faschisierung von Seiten der Lütgendorf und der FPÖ-Braunen drohen, von Seiten jener also, die direkt und indirekt zu "Kreisky und seinem Team" gehören!

Kreisky und sein Team - das heißt keinesfalls Zurückdrängung irgendeiner reaktionären Gefahr, sondern das heißt umgekehrt deren weitere Verstärkung und Vergrößerung! Kreiskys "Team" - das sind auch die Minister mit den NSDAP-Mitgliedsbüchern, das sind die Lütgendorfs, das ist der SS-Führer Peter und seine ganze arbeiterfeindliche FPÖ-Bande!

Kreisky und sein Team - das hat nichts mit irgendeinem "sozialen Fortschritt" und schon garnichts mit "Sozialismus" zu tun, sondern heißt Förderung der extremsten Reaktion auf der ganzen Linie!

Österreicher! Österreicherinnen!

Es wäre ein Wahnsinn, wieder der jämmerlich pleitegegangenen schwarzen ÖVP auf den Leim zu kriechen und ihre zahllosen Verbrechen gegen das arbeitende Volk zu vergessen!

Es wäre aber erst recht ein Wahnsinn, die Steigbügelhalter der braunen FPÖ oder diese Leibstandarte der in- und ausländischen Geldsäcke selbst zu belohnen.

Sollen statt 4½ jetzt 6 oder 8 Nazis in die Regierung kommen?

Dieser Regierung, diesem "Team", seinem Bürgerkriegsgeneral und all ihren bräunlichen und braunen Anhängseln keine Stimme! Keine Stimme aber auch der durch und durch verkrachten und abgewirtschafteten ÖVP!

Das arbeitende österreichische Volk hat bei dieser Wahl wahrhaftig keine andere Wahl als den aktiven

WAHLBOYKOTT!

Wenn diese Wahlen überhaupt einen positiven Sinn haben sollen, dann nur den einer

DEMONSTRATIVEN ABSAGE AN DIE VOLKSAUSPLÜNDERER ALLER FARBEN!

NUR DIE ALLERDÜMMSTEN KÄLBER WÄHLEN IHRE METZGER SELBER!

Der einzig sinnvolle Gebrauch des Stimmzettels liegt jetzt darin, ihn jenen Demagogen zerknüllt vor die Füße zu werfen, die schon wieder auf Dummenfang ausgehen.

Laßt Euch nicht mißbrauchen! Boykottiert dieses Wahltheater oder streicht den Stimmzettel durch! Das ist auch ein Strich durch die Rechnung Euer Ausbeuter und Unterdrücker!

Nur der revolutionäre außerparlamentarische Kampf kann das arbeitende österreichische Volk vorwärtsbringen!

Wien, im Juli 1971

MLPÖ
MARXISTISCH-LENINISTISCHE
PARTEI ÖSTERREICHS

Revolutionären Gruss und Glückwunsch der ruhmreichen KP Chinas zum 50. Jahrestag ihrer Gründung!



KAPITALISMUS, FASCHISMUS, MILITARISMUS –

Zu den Demonstrationen vom 8. Juni gegen Kreiskys Bürgerkriegsminister und seine militaristischen Pläne

dreieinig sind sie, nicht zu trennen!

Es war unbestreitbar ein großes Ereignis auf dem Entwicklungsweg der sich unter Kämpfen und Krämpfen, insgesamt aber erfolgreich neu formierenden linken Bewegung unseres Landes:

Mehr als 2.000 überwiegend junge und jugendliche Menschen vereinigten sich am 8. Juni 1971 in Wien zu einer imposanten, gut organisierten und glänzend verlaufenden Protestdemonstration gegen Kreiskys "starken Mann" Lütgendorf und dessen faschistische Ambitionen, gegen die unter dem Namen einer "Bundesheer-Reform" betriebene faktische Aufrüstung für den Bürgerkrieg, sowie gegen die unter der Kreisky-Regierung rasch zunehmenden reaktionären und faschistischen Tendenzen überhaupt.

Da zu den Veranstaltern und Teilnehmern der Demonstration nicht nur die sich als linksstehend betrachtenden oder so bezeichnenden Jugendorganisationen zählten, sondern auch Peripherieorganisationen der SPÖ sowie bürgerlich-liberale Gruppierungen, die alle ihre eigenen Akzente setzten, eigene Flugblätter verbreiteten, ihre besonderen Losungen in den Vordergrund stellten usw., zeichnete sich die Demonstration durch außerordentliche Vielfalt aus, hatte zum Teil aber auch widerspruchsvollen Charakter.

Schon im "Demonstrationsrat", der sich aus Delegierten der wichtigsten beteiligten Organisationen zusammensetzte und eine Koordinierung in den Hauptfragen erreichen sollte, stießen zweierlei politische Strömungen aufeinander, die sich zwar in der entschiedenen Ablehnung Lütgendorfs und seiner Machenschaften einig waren, in allen weiteren Fragen aber ganz verschiedene Standpunkte hatten.

Wir hatten es einerseits mit einer ausgesprochen reformistisch-pazifistischen Richtung zu tun, die insbesondere durch den Nenning-Kreis und seine diversen Repräsentanzen, durch die der SPÖ nahestehenden "Rebellen" aus der "Jungen Generation", der VSStÖ und der VSM, durch die bürgerlich-liberalen Zirkel IZD ("Internationaler Zivildienst") und IdK ("Internationale der Kriegsdienstgegner") sowie durch die Mehrheit der FÖJ vertreten war.

Ihr gegenüber stand die wirklich linke, nämlich zum revolutionären Kampf und zum Marxismus-Leninismus tendierende Linie, mehr oder minder konsequent vertreten durch die MLS, den Roten Schülerbund, die Spartakus-Gruppen usw. Die MLPÖ bzw. ihre Jugendsektion unterstützten diese Linie mit aller Entschiedenheit und bemühten sich, ihr gegenüber der reformistisch-pazifistischen Tendenz den Rücken zu stärken und zu größerer Konsequenz zu verhelfen.

Das Ringen der beiden divergierenden politischen Linien um die Hauptrichtung der Demonstration zeigte sich besonders deutlich in den Losungen. Der Nenning-Kreis versuchte, solche Dinge wie das Recht auf Wehrdienstverweigerung und Wehrersatzdienst, Ab-



rüstungs- und Entmilitarisierungswünsche bis zur "Abschaffung des Bundesheeres" zum zentralen Thema der Demonstration zu machen, forderte zwar die Abdankung Lütgendorfs, aber ignorierte den untrennbaren Zusammenhang zwischen dieser Figur und dem gesamten politischen Konzept und der Rolle der heutigen SPÖ-Führung überhaupt. Dabei kam den Nenning-Leuten sehr zustatten, daß sie über reiche technische, materielle und finanzielle Möglichkeiten verfügen. Demgegenüber setzten die Vertreter der revolutionären Linken alles daran, die reaktionäre, arbeiterfeindliche Rolle der ganzen SP-Führung, den klassenmäßigen Inhalt ihrer sogenannten "BH-Reform" und ihrer anderen Maßnahmen aufzudecken, den Charakter des Heeres als eines Hauptinstruments der Diktatur der Bourgeoisie zu enthüllen und statt Wehrdienstverweigerung und der illusionären "Abschaffung des Bundesheeres" die Organisierung des revolutionären Kampfes in den Kasernen selbst als Hauptaufgabe bewußt zu machen.

Die Arbeit und der Kampf zur Durchsetzung dieser Linie waren im großen und ganzen erfolgreich. Alles in allem genommen hat bei der Demonstration vom 8. Juni 1971 in Wien schließlich diese letztere, kämpferisch-revolutionäre Linie dominiert. Die Hoffnungen Günther Nennings und seiner Anhänger, die Demonstrationen vom 8. Juni zum Höhepunkt ihrer Kampagne für eine Volksabstimmung zur Abschaffung des Bundesheeres zu machen, scheiterten vor allem an der gesunden Urteilskraft und revolutionären Grundeinstellung der Masse der Demonstranten selbst. Anstelle einer reformistisch-pazifistischen Veranstaltung erlebte Wien eine wirklich kämpferische Demonstration mit überwiegend richtigen, revolutionären Parolen.

Dieser sich schon in der Vorbereitungsphase ankündigende Verlauf der Demonstration veranlaßte einerseits die SPÖ-Führung, die von ihr abhängigen Jugendorganisationen unter massiven Druck zu stellen und sie zum Verlassen des Demonstrationsrates zu zwingen, er veranlaßte andererseits die bürgerliche Presse, die ganze Aktion als "unter Führung der Marxisten-Leninisten" stehend ("Kurier" vom 7. Juni 1971) zu erklären, also nach gewohntem antikommunistischen Schema sozusagen als von "subversiven Kräften inszeniert" zu verteufeln. Es tut uns leid, dazu sagen zu müssen, daß die österreichischen Marxisten-Leninisten bzw. ihre Partei, die MLPÖ, vorläufig noch nicht in der Lage sind, die effektive Leitung großer Aktionen mit tausenden Teilnehmern übernehmen zu können. Diesbezüglich erweisen uns die bürgerliche Presse und Freiherr von Lütgendorf, der von "Maoisten - Leninisten" sprach, allzugroße Ehre. Doch wir werden uns bemühen, der hohen Wertschätzung durch unsere und des ganzen arbeitenden Volkes Feinde immer mehr gerecht zu werden.

War die Demonstration vom 8. Juni 1971 vor allem als Ausdruck der kämpferischen und revolutionären Entwicklung in der österreichischen Jugend markant, so hatte sie auch einige spezielle Kennzeichen, in denen sich ebenfalls der Entwicklungs- und Reifeprozeß der Bewegung spiegelt.

Die eine Besonderheit liegt darin, daß am 8. Juni 1971 nicht nur in Wien, sondern auch in Linz, Salzburg und Innsbruck mit den selben Zielsetzungen demonstriert wurde und in weiteren Städten gute Ansätze zu entsprechenden Aktionen existierten. Somit hatten wir es erstmals seit langer Zeit mit einer nicht bloß örtlichen, sondern gesamtösterreichischen Kampfaktion zu tun.

Bemerkenswert ist weiter der Umstand, daß die Demonstration besonders in Wien ausgeprägt proletarischen Charakter hatte und nicht wie früher Studenten und Mittelschüler, sondern Lehrlinge, also die Arbeiterjugend, überwogen. Natürlich ist es eine ausgezeichnete und höchst begrüßenswerte Sache, wenn die intellektuelle Jugend in Bewegung gerät, aber unvergleichlich bedeutsamer und perspektivenreicher ist das Eintre-



Was macht die Polizei ? Was macht die Polizei ?

ten der Arbeiterklasse und ihrer jungen Angehörigen in den Kampf. Eben darin aber brachte der 8. Juni einen großen Schritt vorwärts.

Schließlich darf als Besonderheit der Demonstration vom 8. Juni auch gewertet werden, daß sie in gewissem Sinne bewaffnet war. Die Ereignisse selbst hatten das erzwungen. Da die NDP-Faschisten keinen Zweifel ließen, jede Aktion gegen Lütgendorf, den sie mit Recht als einen der ihren betrachten, zu bekämpfen, mußte ein stärkerer Ordnerdienst organisiert und eine Anzahl von Demonstranten mit einfachen Hilfsmitteln ausgestattet werden, um die Demonstration im Bedarfsfall vor faschistischen Angriffen schützen zu können. Auf die diversen NDP-Grüppchen, die die Demonstration umschwärmten, um Angriffsmöglichkeiten ausfindig zu machen, hatten die Holzstöcke in den Händen vieler Demonstranten eine positive Wirkung. Nur in einem Fall - auf der Taborstraße - kam es zum Versuch der NDP-Faschisten, einen Lautsprecherwagen zu stürmen, was ihnen aber infolge der Wachsamkeit der Demonstranten mißlang. So begnügten sich die Mannen Burgers, vor dem Heeresministerium eine Art Ständchen zu bringen und im Chor "Lütgendorf, bleibe hart!" zu rufen, im übrigen aber nicht nur Eier, Paradeiser und Erdäpfel zu werfen, sondern auch einige Stinkbomben und Knallkörper. Es war richtig, sich durch diese Provokationen kleiner Störkommandos nicht beirren zu lassen und der massenhaft aufgebotenen Holaubek-Polizei keinen Vorwand zum Eingreifen gegen die Demonstranten zu liefern. Andererseits ist aber zu überlegen, ob man in Zukunft nicht spezielle Ordnertrupps brauchen wird, die sich besonders frecher Störer annehmen und sie abseits der Demonstration der verdienten Züchtigung unterwerfen.



Die einfältige Illusion, soferne sie überhaupt noch bestand, die Polizei würde eine ordnungsgemäß gemeldete und legale Demonstration wirkungsvoll gegen faschistische Provokationen schützen, erhielt am 8. Juni einen neuerlichen vernichtenden Schlag. Innenminister und Polizeipräsident hatten zwar eine gewaltige Streitmacht von Polizisten aller Sorten, von stahlhelmbewehrten Einsatzkommandos und in Zivil agierenden STAPO-Leuten aufgeboten, doch offensichtlich nicht zum Schutz, sondern vielmehr zur Überwachung der Demonstration, zu ihrer Behinderung und Wehrlosmachung gegen Provokationen und zu ihrer möglichst weitgehenden Isolierung von der arbeitenden Bevölkerung. So wurden von der Polizei zwischen die Demonstranten und der mit ihnen sympathisierenden Bevölkerung Sperrketten gelegt, während den Nazihäuflein freie Hand gelassen wurde. Geradezu unter Polizeischutz konnten die NDP-Faschisten ihren nicht ungefährlichen Dreck in die Reihen der Demonstranten werfen, während Demonstrationsteilnehmer, die beim Verteilen von Flugblättern oder infolge von Diskussionen mit Passanten etwas abseits gerieten oder zurückblieben, gehindert wurden, sich dem Zug wieder anzuschließen.

Charakteristisch war auch folgende Episode: In einem mitten im Zuge mitgeführten PKW befanden sich unter anderem auch als Hiebwaffen verdächtige Holzstangen. Einer der vielen zivilen Spitzel und Spione Holaubeks hatte das anscheinend ausgekundschaftet und Meldung erstattet, worauf eine ganze Polizeiabteilung den betreffenden Wagen umzingelte und während der ganzen Demonstration in einem dichten Kordon eingeschlossen hielt. Der Zweck dieser Maßnahme war offenbar, die Demonstranten im Falle eines massiveren faschistischen Angriffes daran zu hindern, sich mit den mitgeführten einfachen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Daß die Demonstrationen vom 8. Juni trotz aller Behinderungen so erfolgreich verliefen, liegt freilich auch daran, daß Lütgendorf mit seiner ganz im Stile der Re-



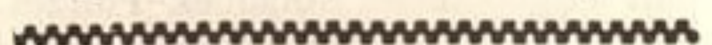
Sie steht den hohen Lumpen bei! (Aus einem alten österreichischen Arbeiterlied)

den aus dem Bürgerbräukeller gehaltenen Ausführungen vor den Salzburger "Kameradschaftsbündlern" eine Provokation gestartet hat, die in der ganzen Geschichte der Zweiten Republik beispiellos dasteht. Auch den naivsten und gutgläubigsten Leuten machte diese Rede und das Forum, vor dem sie gehalten wurde, schlagartig klar, daß es sich um nicht weniger handelte als um einen ministeriellen Appell an die Vertreter der äußersten Reaktion, jeder Kritik am reaktionären österreichischen Bundesheer gewaltsam ein Ende zu machen und überhaupt mit der ganzen linken Bewegung nach faschistischem Muster aufzuräumen. Man muß Herrn Lütgendorf für diese unmißverständliche Sprache dankbar sein. Sie hat auch völlig klargemacht, daß die seinerzeitigen anerkennenden Worte Lütgendorfs über die Rolle des Bundesheeres bei der Niederschlagung der Arbeiterschaft im Jahre 1934 kein bloßer rhetorischer "Ausrutscher" eines "politischen Greenhorns" waren, sondern Ausdruck des politischen Programms eines zu allem bereiten reaktionären Scharfmachers. Alles das erleichterte beträchtlich, selbst Gruppen mit sehr abweichenden Standpunkten und Zielen zu einer positiven gemeinsamen Aktion zu vereinen.

Danken muß man schließlich auch noch jenen prominenten SP-Politikern, die sich anläßlich und nach der Demonstration vom 8. Juni zu Wort meldeten, um eine noch weiter gehende Erkenntnis zu vermitteln, nämlich, daß es sich bei Lütgendorf keineswegs um ein einzelnes schwarzes bzw. dunkelbraunes Schaf in der Herde Kreiskys handelt, sondern um das bevollmächtigte ausführende Organ zur Durchführung eines wesentlichen politischen Zieles des gesamten Kreisky-Teams. Der SPÖ-Sprecher in Wehrfragen, Abgeordneter Mondl, hat es im Parlament ausdrücklich außer allen Zweifel gestellt: "Er (Lütgendorf) genießt das uneingeschränkte Vertrauen der SPÖ!" Und schon vor ihm hat der kurz zuvor noch mit salbungsvoller Stimme um seine Wiederwahl bettelnde SP-Bundespräsident Jonas den Wählern auf seine Art gedankt, indem er der aufjauchzenden gesamten Reaktion ein feierliches "Ja zum Bundesheer", nämlich zum Bundesheer der Lütgendorf und Co. als Knüttel gegen die Arbeiterschaft und gegen jede revolutionäre Bewegung überhaupt zurief.



Daß unter solchen Umständen die Forderung nach dem Rücktritt des Lütgendorf völlig ungenügend ist, liegt auf der Hand. Alles wäre einfach und leicht, wenn man es nur mit einem einzelnen Scharfmacher, nur mit einem isolierten Problem zu tun hätte. Doch Lütgendorf ist nur die von der SPÖ und von der FPÖ vorgeschobene Kreatur zur Einpeitschung jener Maßnahmen, mit denen das kapitalistische System gegen kommende Stürme gesichert werden soll. Bei keiner anderen Frage hat man es so unmittelbar und so unvermeidlich mit dem ganzen "Establishment", also mit der gesamten kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückerordnung zu tun wie bei der Frage des Militärs. Insoferne war der 8. Juni bloß ein erster Schritt auf einem langen und komplizierten Weg.





Delegation der Jugendsektion der MLPÖ nach Albanien abgereist

Auf Einladung des Verbandes der Arbeitsjugend Albaniens ist Anfang Juli eine Delegation der Jugendsektion der MLPÖ in die sozialistische Volksrepublik Albanien abgereist, um dort das Leben, die Arbeit und den Kampf der werktätigen Jugend Albaniens zu studieren, ihre Probleme und Erfahrungen kennenzulernen und die freundschaftlichen, internationalistischen Beziehungen zwischen der Jugend beider Völker zu vertiefen.

Die Delegation, der Mitglieder aus verschiedenen österreichischen Bundesländern angehören und die von Genossin Martha Linek geleitet wird, wird nach ihrer Rückkehr in verschiedenen Formen Bericht erstatten.

W. I. LENIN:

Das Militärprogramm der proletarischen Revolution

Der nachstehende Artikel Lenins wurde im September 1916, während Lenins Aufenthalt in der Schweiz, in deutscher Sprache für die Presse der skandinavischen linken Sozialdemokraten geschrieben, die während des imperialistischen Weltkriegs 1914-1918 die falsche Losung der "Entwaffnung" propagierten. Im April 1917, kurz vor seiner Abreise nach Rußland, übergab Lenin den Artikel auch der Redaktion der "Jugend-Internationale", dem Organ der Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen, die sich der Zimmerwalder Linken angeschlossen hatte. In dieser Zeitschrift wurde Lenins Artikel dann in der vorliegenden Fassung veröffentlicht.

Lenin hat damals auch eine teilweise abgewandelte und sprachlich natürlich präzisere Variante des Artikels in Russisch verfaßt, die unter dem Titel "Über die Losung der Entwaffnung" erschien.

Wenn wir dennoch lieber die erste, in deutscher Sprache zu Papier gebrachte Fassung abdrucken, so vor allem wegen ihrer besonderen Originalität, Unmittelbarkeit und Frische. Man kann es kaum glauben, daß dieser Artikel Lenins schon mehr als ein halbes Jahrhundert alt ist. Viel eher hat man den Eindruck, Lenin sei Zeuge der "neuesten" und "jüngsten" Diskussionen in den Reihen österreichischer "Linker" geworden und bemühe sich nun, in besonders einfachen Worten den pazifistischen Unsinn zu widerlegen, den etliche von ihnen in so hochtönendem intellektuellem Kauderwelsch von sich geben.

Bekanntlich gibt es nicht wenige Abhandlungen hochgelahrter "moderner" Autoren der "neuen Linken", die im ersten Moment wunders wie klug, neu und originell erscheinen, sich aber schon nach kurzer Zeit als alter Stumpfsinn und reaktionärer Käse erweisen. Lenin, der größte revolutionäre Stratege unseres Jahrhunderts, dagegen verzichtet auf alles modische Wortgeklingel, doch selbst nach einem halben Jahrhundert sind seine Worte von höchster Überzeugungskraft und frappierender Aktualität.

Lenin selbst hat seine Arbeit nur durch römische Ziffern untergeteilt. Zur besseren Übersicht haben wir uns erlaubt, sie mit einigen, der inhaltlichen Gliederung entsprechenden Zwischentiteln zu versehen.

DIE REDAKTION



In Holland, Skandinavien, in der Schweiz hört man aus der Mitte der revolutionären Sozialdemokraten[1], die gegen die Lüge der Sozialchauvinisten von der "Landesverteidigung" in diesem imperialistischen Kriege kämpfen, die Stimmen, man solle den alten Punkt des sozialdemokratischen Minimalprogramms: "Miliz[2] oder Volksbewaffnung" durch einen neuen ersetzen: "Entwaffnung"[3]. Die "Jugend-Internationale" eröffnete die Diskussion über diese Frage und brachte in Nr.3 einen redaktionellen Artikel für Entwaffnung. In den neuesten Thesen des Genossen R.Grimm ist leider auch eine Konzession der Entwaffnungsidee gemacht worden. In den Revuen "Neues Leben" und "Vorbote" ist die Diskussion eröffnet. Wir wollen die Argumente der Entwaffnungsanhänger untersuchen.

DER UNTERSCHIED ZWISCHEN REVOLUTIONÄREN UND PAZIFISTEN

Das grundlegende Argument besteht darin, die Forderung der Entwaffnung sei der klarste, entschiedenste, konsequenteste Ausdruck des Kampfes gegen jeden Militarismus und gegen jeden Krieg.

In diesem grundlegenden Argument besteht eben der Grundirrtum der Entwaffnungsanhänger. Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein.

Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner revolutionärer Kriege sein. Die Bourgeoisie der "großen" imperialistischen Mächte ist durch und durch reaktionär geworden, und wir erkennen den Krieg, den diese Bourgeoisie jetzt führt, für einen reaktionären, sklavenhälterischen, verbrecherischen Krieg an. Nun, wie steht es aber mit einem Kriege gegen diese Bourgeoisie? Zum Beispiel mit einem Kriege der von dieser Bourgeoisie unterdrückten, von ihr abhängigen oder kolonialen Völker für ihre Befreiung?

In den "Leitsätzen" der Gruppe "Internationale" lesen wir in Paragraph 5: "In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben." Das ist offenbar unrichtig.

Die Geschichte des 20.Jahrhunderts, dieses Jahrhunderts des "entfesselten Imperialismus", ist voll von Kolonialkriegen. Aber das, was wir Europäer, imperialistische Unterdrücker der Mehrzahl der Völker der Welt, mit uns eigentümlichem, niederträchtigem, europäischem Chauvinismus "Kolonialkriege" nennen, das sind oft nationale Kriege oder nationale Aufstände von seiten dieser unterdrückten Völker.

Eine der grundlegendsten Eigenschaften des Imperialismus besteht eben darin, daß er die Entwicklung des Kapitalismus in den rückständigsten Ländern beschleunigt und dadurch den Kampf gegen die nationale Unterdrückung ausbreitet und verschärft. Das ist Tatsache. Und daraus folgt unvermeidlich, daß der Imperialismus nationale Kriege öfters erzeugen muß.

Junius[4], der in seiner Broschüre die genannten "Leitsätze" verteidigt, sagt, in der imperialistischen Epoche führe jeder nationale Krieg gegen eine von den imperialistischen Großmächten zum Eingreifen einer andern, mit der ersten konkurrierenden, auch imperialistischen Großmacht, und dadurch werde jeder nationale Krieg in einen imperialistischen verwandelt. Dieses Argument ist aber a u c h u n r i c h t i g . Es k a n n so sein, es ist aber nicht immer so. Mehrere Kolonialkriege in den Jahren 1900 bis 1914 gingen n i c h t diesen Weg. Und es wäre einfach lächerlich, wenn wir erklärten, daß z.B. nach dem jetzigen Krieg, wenn er mit der äußersten Erschöpfung der kriegführenden Länder endigt, es "keinen" nationalen, fortschrittlichen, revolutionären Krieg meinetwegen seitens Chinas im Bunde mit Indien, Persien, Siam usw. gegen die Großmächte geben "kann".

Die Verneinung jeder Möglichkeit nationaler Kriege unter dem Imperialismus ist theoretisch unrichtig, historisch offenbar falsch, praktisch gleicht sie dem europäischen Chauvinismus: wir, die wir zu den Nationen gehören, die hunderte Millionen in Europa, Afrika, Asien usw. unterdrücken, wir sollen den unterdrückten Völkern erklären, ihr Krieg gegen "unsere" Nationen sei "unmöglich"!

Zweitens. Bürgerkriege sind a u c h Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten.

Drittens schließt der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er setzt solche voraus. Die Entwicklung des Kapitalismus geht höchst u n g l e i c h m ä ß i g in verschiedenen Ländern vor sich. Das kann nicht anders sein bei der Warenproduktion. Daraus die unvermeidliche Schlußfolgerung: der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in a l l e n Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muß nicht nur Reibungen, sondern auch direktes Streben der Bourgeoisie anderer Länder erzeugen, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In solchen Fällen wäre ein Krieg unsererseits l e g i t i m und g e r e c h t , es wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie. Engels hatte vollständig recht, als er in seinem Brief an Kautsky vom 12. September 1882 ausdrücklich die M ö g l i c h k e i t der "Verteidigungskriege" des Sozialismus, d e r s c h o n g e s i e g t h a t , anerkannte. Er meinte nämlich die Verteidigung des siegreichen Proletariats gegen die Bourgeoisie anderer Länder.

Erst nachdem wir die Bourgeoisie in der g a n z e n W e l t , und nicht nur in einem Lande niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriiert haben, werden die Kriege u n m ö g l i c h werden. Und es ist wissenschaftlich garnicht richtig - und garnicht revolutionär -, wenn wir eben das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das am meisten den Kampf Fordernde im Ü b e r g a n g zum Sozialismus umgehen oder vertuschen. Die "sozialen" Pfaffen und die Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen, sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, daß sie von erbitterten Klassenkämpfen und Klassen k r i e g e n , um diese schöne Zukunft zur Wirklichkeit zu machen, nicht denken und sorgen wollen.

Wir dürfen uns nicht durch Worte täuschen lassen. Zum Beispiel ist der Begriff "L a n d e s v e r t e i d i g u n g" manchen verhaßt, weil dadurch die offenen Opportunisten und die Kautskyaner die Lüge der Bourgeoisie im g e g e b e n e n Räuberkrieg verdecken und vertuschen. Das ist Tatsache. Aber daraus folgt nicht, daß wir verlernen sollen, über die Bedeutung der politischen Schlagworte nachzudenken. "Landesverteidigung" im gegebenen Kriege anerkennen, heißt diesen Krieg für einen "gerechten", dem Interesse des Proletariats dienstlichen halten, weiter nichts und



abermals nichts. Denn Invasion ist in keinem Kriege ausgeschlossen. Es wäre einfach dumm, "Landesverteidigung" seitens unterdrückter Völker in ihrem Krieg gegen die imperialistischen Großmächte oder seitens des siegreichen Proletariats in seinem Kriege gegen irgendeinen Galliffet[5] eines bürgerlichen Landes aberkennen zu wollen.

Es wäre theoretisch grundfalsch, zu vergessen, daß jeder Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist: der jetzige imperialistische Krieg ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik zweier Gruppen von Großmächten, und diese Politik wurde durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt und genährt.

Aber dieselbe Epoche muß notwendig die Politik des Kampfes gegen nationale Unterdrückung und des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie erzeugen und daher die Möglichkeit und die Unvermeidlichkeit erstens der revolutionären nationalen Aufstände und Kriege, zweitens der Kriege und Aufstände des Proletariats gegen die Bourgeoisie, drittens der Vereinigung beider Arten von revolutionären Kriegen usw.

DIE GANZE UNTERDRÜCKTE KLASSE BRAUCHT WAFFENKENNTNIS - FÜR IHRE EIGENEN ZWECKE !

Dazu kommt noch eine weitere allgemeine Erwägung.

Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden.

Wir dürfen, ohne uns zu bürgerlichen Pazifisten und Opportunisten zu degradieren, nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß außer dem Klassenkampf keine Rettung daraus möglich und denkbar ist. In jeder Klassengesellschaft, sie möge auf der Sklaverei, Leibeigenschaft oder, wie heute, auf der Lohnsklaverei beruhen, ist die unterdrückende Klasse bewaffnet. Nicht nur das heutige stehende Heer, sondern auch die heutige Miliz, die schweizerische auch nicht ausgenommen, ist Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Ich glaube, diese elementare Wahrheit nicht beweisen zu brauchen; es genügt, Militäraufgebote während der Streiks in allen kapitalistischen Ländern zu erwähnen.

Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, sie sollen die "Forderung" der "Entwaffnung" aufstellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution.

Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen - das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die ganze objektive Entwicklung des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, fundiert und gelehrt wird.

Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher dann - aber nicht früher - tun wird.

Und wenn der heutige Krieg in reaktionären Sozialpfaffen, in weinerlichen Kleinbürgern nur Schrecken, nur Erschrockenheit, nur Abscheu vor Waffengebrauch, Tod, Blut usw. erzeugt, so sagen wir dagegen: die kapitalistische Gesellschaft war und ist immer ein Schrecken ohne Ende. Und wenn jetzt dieser Gesellschaft durch diesen reaktionärsten aller Kriege ein Ende mit Schrecken vorbereitet wird, so haben wir keinen Grund, zu verzweifeln. Nichts anderes als Ausfluß der Verzweiflung ist objektiv die Predigt, die "Forderung" - besser zu sagen: der Traum - von der "Entwaffnung" in jetziger Zeit, wenn offenbar vor aller Augen der einzig legitime und revolutionäre Krieg, der Bürgerkrieg gegen die imperialistische Bourgeoisie durch diese Bourgeoisie selber vorbereitet wird.

Wer das für eine "graue Theorie", "bloße Theorie" hält, den erinnern wir an zwei weltgeschichtliche Tatsachen: an die Rolle des Trusts und der Fabrikarbeit der Frauen einerseits, an die Kom-

mune 1871 und die Dezembertage 1905 in Rußland andererseits.

Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren, unsäglichem Elend preiszugeben. Wir "unterstützen" diese Entwicklung nicht, wir "fordern" sowas nicht, wir kämpfen dagegen. Aber wie kämpfen wir? Wir erklären, die Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen sind progressiv. Wir wollen nicht zurück zum Handwerk, zum vormonopolistischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts über die Trusts usw. hinaus und durch sie zum Sozialismus.

Das gleiche gilt, mutatis mutandis[6], von der heutigen Militarisierung des Volkes. Heute militarisiert die imperialistische - und andere - Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie meinetwegen die Frauen militarisieren. Wir antworten darauf: desto besser! Nur immer schneller voran - je schneller, desto näher dem bewaffneten Aufstand gegen den Kapitalismus.

Wie können sich die Sozialdemokraten durch die Militarisierung der Jugend usw. einschüchtern oder entmutigen lassen, wenn sie das Beispiel der Kommune nicht vergessen. Es ist doch keine "Theorie", kein Traum, sondern Tatsache. Und es wäre wirklich zum Verzweifeln, wenn die Sozialdemokraten allen ökonomischen und politischen Tatsachen zum Trotz daran zu zweifeln begännen, daß die imperialistische Epoche und die imperialistischen Kriege naturnotwendig, unvermeidlich zur Wiederholung dieser Tatsachen führen müssen.

Es war ein bürgerlicher Beobachter der Kommune, der im Mai 1871 in einer englischen Zeitung schrieb: "Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestände, was wäre das für eine schreckliche Nation." Die Frauen, und die Jugend vom 13. Jahr an, kämpften während der Kommune neben den Männern, und es wird nicht anders sein in kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie. Die proletarischen Frauen werden nicht passiv zusehen, wie die gut bewaffnete Bourgeoisie die schlecht bewaffneten oder garnicht bewaffneten Proletarier niederschießt, sie werden wieder, wie 1871, zu den Waffen greifen, und aus der heutigen "erschrockenen" oder entmutigten Nation - richtiger: aus der heutigen, durch die Opportunisten mehr als durch die Regierungen desorganisierten Arbeiterbewegung - wird ganz sicher, früher oder später, aber ganz sicher ein internationaler Bund "schrecklicher Nationen" des revolutionären Proletariats erstehen.

Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung wird alles. Der Imperialismus ist erbitterter Kampf der Großmächte um Teilung und Neuteilung der Welt, - er muß daher zur weiteren Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern führen. Was sollen dagegen die proletarischen Frauen tun?? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen, nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die revolutionär ist, auf solche schändliche Rolle bescheiden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen:

"Du wirst bald groß sein, man wird dir das Gewehr geben. <u>Nimm es und erlerne gut alles Militärische - das ist nötig für die Proletarier, nicht um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Räuberkriege geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines "eigenen" Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch das Besiegen der Bourgeoisie und deren Entwaffnung ein Ende zu bereiten."</u>

Wenn man nicht eine solche Propaganda und eben eine solche im Zusammenhange mit dem jetzigen Kriege treiben will, dann höre man gefälligst auf, große Worte von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, von der sozialen Revolution, von dem Kriege gegen den Krieg im Munde zu führen.

OHNE KAMPF GEGEN DEN OPPORTUNISMUS IST DER KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS EINE PHRASE

Die Anhänger der Entwaffnung sind gegen die Volksbewaffnung unter anderem auch deshalb, weil die letztere Forderung leichter zu Konzessionen an den Opportunismus führen soll. Wir haben das Wichtigste untersucht: das Verhältnis der Entwaffnung zum Klassenkampfe und zur sozialen Revolution. Jetzt wollen wir die Frage von dem Verhältnis zum Opportunismus untersuchen.

<u>Einer der wichtigsten Gründe der Unannehmbarkeit der Forderung der Entwaffnung besteht eben darin, daß durch diese Forderung und die dadurch unvermeidlich zu erweckenden Illusionen unser Kampf gegen den Opportunismus geschwächt und entkräftigt wird.</u>

Kein Zweifel, dieser Kampf steht auf der Tagesordnung in der Internationale. Der Kampf gegen den Imperialismus, wenn dieser Kampf nicht unzertrennlich mit dem Kampfe gegen den Opportunismus verbunden ist, ist hohle Phrase oder ein Betrug. Einer der Hauptfehler von Zimmerwald und Kiental[7] und eine der Hauptursachen des möglichen Fiaskos dieser Keime der III. Internationale bestehen eben darin, daß die Frage vom Kampfe gegen den Opportunismus nicht offen gestellt worden ist, - geschweige denn entschieden im Sinne des unvermeidlichen Bruches mit den Opportunisten.

Der Opportunismus hat - für eine gewisse Zeit - gesiegt in der europäischen Arbeiterbewegung. In allen größeren Ländern bildeten sich zwei Hauptschattierungen desselben: erstens der offene,

zynische und darum weniger gefährliche Sozialimperialismus der Plechanows, Scheidemänner, Legiens usw., Albert Thomas und Sembat, Vandervelde, Hyndman, Henderson usw.; zweitens der verdeckte kautskyanische: Kautsky-Haase und "Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft" in Deutschland; Longuet, Pressmane, Mayeras usw. in Frankreich; Ramsay Macdonald und andere Führer der "Unabhängigen Arbeiterpartei" in England; Martow, Tschcheidse usw. in Rußland; Treves und andere sogenannte linke Reformisten in Italien.

Der offene Opportunismus arbeitet offen und direkt gegen die Revolution und gegen die beginnenden revolutionären Bewegungen und Ausbrüche, im direkten Bunde mit den Regierungen, mögen die Formen dieses Bündnisses verschieden sein: von einer Teilnahme an der Regierung an bis zur Teilnahme an Kriegsindustriekomitees (in Rußland). Die verdeckten Opportunisten, die Kautskyaner, sind für die Arbeiterbewegung viel schädlicher und gefährlicher, weil sie ihre Verteidigung des Bundes und der "Einigkeit" mit den ersteren durch wohlklingende "marxistische" Worte und "Friedens"-Losungen verdecken und plausibel machen. Der Kampf gegen beide Formen des herrschenden Opportunismus kann nur auf allen Gebieten der proletarischen Politik geführt werden: parlamentarische Tätigkeit, Gewerkschaften, Streiks, Wehrfragen usw. Die Haupteigentümlichkeit aber, die beide Formen des herrschenden Opportunismus auszeichnet, besteht darin, daß man die konkreten Fragen der Revolution und die allgemeine Frage vom Zusammenhang des jetzigen Krieges mit der Revolution verschweigt, vertuscht oder im Polizeisinne "beantwortet". Und das - nachdem man unmittelbar vor diesem Kriege unzählige Male unoffiziell und im Basler Manifest offiziell ganz unzweideutig auf den Zusammenhang eben dieses kommenden Krieges mit der proletarischen Revolution hingewiesen hatte. Und der Hauptfehler der Forderung der Entwaffnung ist auch der, daß alle konkreten Fragen der Revolution dadurch umgangen werden. Oder sind etwa die Entwaffnungsanhänger für eine ganz neue Art entwaffneter Revolution?



ZUM KAMPF UM REFORMEN IN DER FRAGE DES HEERES

Weiter. Wir sind absolut nicht gegen den Kampf um Reformen. Wir wollen nicht die unangenehme Möglichkeit ignorieren, daß die Menschheit im schlimmsten Falle noch einen zweiten imperialistischen Krieg erleben wird, wenn die Revolution trotz den mehrfachen Ausbrüchen der Massengärung und Massenempörung und trotz unseren Bemühungen aus diesem Kriege noch nicht geboren wird. Wir sind Anhänger eines Reformprogramms, das auch gegen die Opportunisten gerichtet werden muß. Die Opportunisten wären nur froh, wenn wir ihnen allein den Kampf um Reformen freiließen, uns selbst aber in ein Wolkenkuckucksheim einer "Entwaffnung" von der schlechten Wirklichkeit drücken. Entwaffnung ist nämlich Flucht aus der schlechten Wirklichkeit, kein Kampf gegen sie.

In so einem Programm würden wir etwa sagen: "Die Parole und die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung in dem imperialistischen Kriege 1914-1916 ist nur Korrumpierung der Arbeiterbewegung durch eine bürgerliche Lüge." So eine konkrete Antwort auf konkrete Fragen würde theoretisch richtiger, für das Proletariat viel nützlicher, für die Opportunisten viel unerträglicher sein als die Forderung der Entwaffnung und die Absage an "jede" Landesverteidigung! Und wir könnten hinzufügen: "Die Bourgeoisie aller imperialistischer Großmächte, England, Frankreich, Deutschland, Österreich, Rußland, Italien, Japan, Vereinigte Staaten, ist so reaktionär geworden und vom Streben zur Weltbeherrschung durchdrungen, daß jeder Krieg seitens der Bourgeoisie dieser Länder nur reaktionär sein kann. Das Proletariat soll nicht nur gegen jeden solchen Krieg sein, sondern auch die Niederlage 'seiner' Regierung in solchen Kriegen wünschen und zur revolutionären Erhebung benutzen, wenn eine solche Erhebung zur Verhinderung des Krieges mißlingt."

Was die Miliz betrifft, so würden wir sagen: Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern nur für eine proletarische Miliz. Deshalb "keinen Mann und keinen Groschen" nicht nur für das stehende Heer, sondern

auch für die bürgerliche Miliz auch in solchen Ländern wie die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Norwegen usw., umso mehr, als wir selbst in den freiesten republikanischen Staaten (z.B. in der Schweiz) die fortschreitende Verpreußung der Miliz, besonders seit 1907 und 1911, und deren Prostituierung zu Militäraufgeboten gegen die Streiks sehen.

Wir können fordern: Wahl der Offiziere durch Mannschaften, Abschaffung jeder Militärjustiz, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen (besonders wichtig für imperialistische Länder, die fremde Arbeiter in steigender Zahl, wie z.B. die Schweiz, schamlos ausbeuten und rechtlos machen), weiter das Recht jeder, sagen wir, hundert Einwohner des Staates, freie Vereinigungen zur Erlernung des Kriegshandwerks zu bilden, freie Wahl der Instruktoren, Entschädigung derselben auf Staatskosten usw.

Nur so könnte das Proletariat alles Militärische wirklich für sich und nicht für seine Sklavenhalter erlernen, was absolut in seinem Interesse liegt. Und jeder Erfolg, sei es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung - z.Bsp. Eroberung einer Stadt, eines Industrieortes, eines Teils der Armee -, wird naturnotwendig, das hat auch die russische Revolution bewiesen, dazu führen, daß das siegreiche Proletariat eben dieses Programm zu verwirklichen gezwungen sein wird.

DIE IMPERIALISTISCHE ENTWICKLUNG WIRD AUCH DEN KLEINSTAATEN KEINE ZAUNGASTROLLE ERLAUBEN

Endlich kann man natürlich den Opportunismus mit bloßen Programmen niemals besiegen, sondern nur mit Aktion. Der größte und verhängnisvollste Fehler der zusammengebrochenen II.Internationale bestand darin, daß man Worte und Taten trennte, Heuchelei und revolutionäre Phrase (siehe das jetzige Verhältnis von Kautsky und Co. zum Basler Manifest) gewissenlos förderte.

Entwaffnung als soziale Idee, d.h. eine solche Idee, die von irgendeiner sozialen Umgebung geboren wird und auf eine soziale Umgebung wirken kann und nicht nur eine persönliche Schrulle bleibt, entspringt offenbar aus den kleinlichen und ausnahmsweise "ruhigen" Verhältnissen einiger Kleinstaaten, die abseits der blutigen Weltstraße des Krieges liegen und weiter zu liegen hoffen. Man betrachte die Argumentation der norwegischen Entwaffnungsanhänger:

"Wir sind klein, unser Heer ist klein, wir können nichts gegen Großmächte" (und darum auch nichts gegen die gewalttätige Einbeziehung in einen imperialistischen Bund mit irgendeiner Gruppe der Großmächte..) "wir wollen ruhig bleiben in unserem Winkel und Winkelpolitik treiben, wir fordern Entwaffnung, bindende Schiedsgerichte, 'permanente'" (etwa wie für Belgien?) "Neutralität" usw.

Kleinstaatliches Beiseite-sein-Wollen, kleinbürgerliches Streben, von großen Weltkämpfen fernzubleiben, seine etwaige Monopolstellung zum engherzigen Passivsein auszunützen - das ist die objektive gesellschaftliche Umgebung, die der Idee der Entwaffnung einen gewissen Erfolg und Verbreitung in einigen Kleinstaaten sichern kann. Natürlich ist solches Streben illusionär und reaktionär, der Imperialismus wird sowieso die Kleinstaaten in den Wirbel der Weltwirtschaft und der Weltpolitik einbeziehen.

Der Schweiz sind z.B. durch ihre imperialistische Umgebung zwei Linien der Arbeiterbewegung objektiv vorgeschrieben: die Opportunisten streben im Bunde mit der Bourgeoisie danach, aus der Schweiz einen republikanisch-demokratischen Verein zum Profitempfangen von den Touristen der imperialistischen Bourgeoisie zu machen und "ruhige" Monopolstellung recht hübsch und ruhig zu wahren. Wir wirklichen Sozialdemokraten der Schweiz streben danach, die relative Freiheit und die "internationale" Lage der Schweiz dazu auszunützen, um dem engeren Bunde der revolutionären Elemente in den Arbeiterparteien Europas zum Sieg zu verhelfen. Die Schweiz spricht Gottseidank keine "selbständige" Sprache, sondern drei Weltsprachen, und zwar solche, die in angrenzenden kriegführenden Staaten gesprochen werden. Wenn 20.000 Mitglieder aus der schweizerischen Partei zwei Rappen wöchentlich "Extrakriegssteuer" zahlen - man würde z.B. 20.000 Franken jährlich bekommen -, mehr als genug, um in drei Sprachen für die Arbeiter und für die Soldaten in kriegführenden Ländern alles das periodisch zu publizieren und dem Verbot der Generalstäbe zum Trotz

ENVER HOXHA

IN DER VOLLSTÄNDIGEN VERBUNDENHEIT ZWISCHEN DER PARTEI UND DEM VOLKE BERUHT UNSERE KRAFT

Rede gehalten am 18. September 1970 auf dem Treffen mit den Wählern der Wahlzone Nr. 219

80 Seiten . . . . S 5,- (plus Porto)



ENVER HOXHA

LERNEN WIR DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE THEORIE IN ENGER VERBINDUNG MIT DER REVOLUTIONAEREN PRAXIS

Eine am 8. November 1970 auf der Jubiläumssitzung anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der Parteischule «W. I. Lenin» gehaltene Rede

62 Seiten . . . . S 4,- (plus Porto)

Auslieferung: VERLAG "ROTE FAHNE"

zu verbreiten, was die Wahrheit enthält: Über die beginnende E r h e b u n g d e r A r b e i t e r, deren Verbrüderung in den Schützengräben, deren Aussichten auf r e - v o l u t i o n ä r e W a f f e n b e n u t z u n g gegen die imperialistische Bourgeoisie ihrer "eigenen" Länder usw.

Das ist nicht neu. Das wird eben durch beste Zeitungen, "La Sentinelle", "Volksrecht", "Berner Tagwacht", schon gemacht, nur leider nicht in genügendem Maße. Nur durch solche Tätigkeit kann der schöne Beschluß des Aarauer Parteitages zu etwas mehr als schönem Beschluß gemacht werden. Und es genügt, die Frage zu stellen: entspricht d i e s e r Richtung der sozialdemokratischen Arbeit die "Entwaffnungs"-Forderung?

Offenbar nicht. Objektiv entspricht die Entwaffnung der opportunistischen, engnationalen, beschränkt kleinstaatlichen Linie der Arbeiterbewegung. Objektiv ist die Entwaffnung das nationalste, das spezifisch nationale Programm der Kleinstaaten, k e i n internationales Programm der internationalen revolutionären Sozialdemokratie.

ANMERKUNGEN:

1 Vor 1918 widerspiegelte sich das Ringen um die revolutionäre proletarische Linie im Kampf verschiedener Strömungen i n n e r h a l b der Sozialdemokratie. Aus den Reihen der "revolutionären Sozialdemokraten" gingen am Ende des Ersten Weltkriegs die Kommunistischen Parteien hervor.

2 Der Begriff "Miliz" deckt sich nicht einfach mit dem Begriff der "allgemeinen Wehrpflicht", wie es die Opportunisten darzustellen suchen, sondern das Wesentliche dieses Begriffes ist die d e m o - k r a t i s c h e Organisation und Leitung der aus den Volksmassen gebildeten bewaffneten Verbände.

3 Die Forderung der "Entwaffnung" gipfelt in der Forderung nach Auflösung und Abschaffung der Heere und des Militärs überhaupt.

4 "Iunius" - Pseudonym, unter dem Rosa Luxemburg schrieb.

5 Gallittet war der französische General, der sich als Schlächter der Kommunarden 1871 einen "Namen" machte und später französischer Kriegsminister wurde.

6 Mutatis mutandis - mit den nötigen Anderungen.

7 In Zimmerwald (September 1915) und Kiental (April 1916) fanden internationale Konferenzen der antichauvinistischen Elemente innerhalb der Sozialdemokratie, der "Internationalisten", statt. Auf der Zimmerwalder Konferenz gründete Lenin eine linke Gruppe, die sogenannte "Zimmerwalder Linke", die in Gegensatz zu der kautskyanischen Mehrheit der Konferenz stand. Die Zeitung "La Sentinelle" (Schildwache) war das Organ der Zimmerwalder Linken. In der Konferenz von Kiental machte die Zimmerwalder Linke eine Reihe von Fortschritten, war aber selbst nicht konsequent. Obwohl noch stark von den halblinks oder zentristisch auftretenden Kautskyanern beeinflußt, wurden beide Konferenzen zu einem Markstein des Kampfes gegen die Sozialchauvinisten und Sozialpazifisten an der Spitze der sozialdemokratischen Parteien, trugen zur Sammlung und Selbstverständigung der revolutionären Kräfte bei und leisteten damit auch einen Beitrag bei der Vorbereitung der Gründung der III. Internationale.

Rote Fahne ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)



Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ)
Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64/5. Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion (Adresse wie oben, Tel. 92 33 88). Jahresabonnement (12 Nummern) S 35,-, Halbjahresabonnement (6 Nummern) S 20,-. Auslandsabonnement ö.S. 70,- oder DM 10,-, Verteiler-Rabatte lt. Anfrage. Postscheckkonto 173.848

